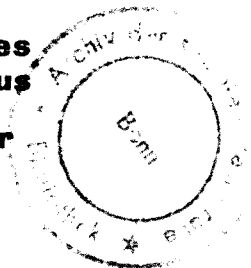


MIT UNS VORAN!

Unser Weg

**Prinzipienerklärung des
Anarcho - Syndikalismus**

**Organisationsstatut der
FAUD. (A.-S.)**



**Freie Arbeiter-Union
Deutschlands
(Anarcho-Syndikalisten)**



h. Busch, Berlin S 14, Märkisches Ufer 11

78115

Unser Weg

Die kollektiv-kapitalistische Sklaverei.

Das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem kennzeichnet sich durch eine Entwicklung, die vom Privat- zum Kollektivkapitalismus führte. Mit dem Abschluß des Weltkrieges setzte diese verschärft ein. Die Konzentration des Kapitals nahm gewaltige Dimensionen an und äußert sich in den riesigen Trusts und Industriekartellen, die die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise charakterisieren. Wir befinden uns in dem Zustand, wo das Kapital durch die Industriekartelle und Trusts zum uneingeschränkten Monopolkapitalismus geworden ist, der alle kleineren Unternehmungen und wirtschaftlich schwächeren Betriebe erbarmungslos niedertrampelt. In Form der Quotenwirtschaft verschafft sich dieser Kapitalismus Einfluß auf den Markt und regelt nach seinem Belieben Produktion und Bedarf. Der Bedarf hört für diesen Kapitalismus da auf, wo in der Konsumentenschaft keine Geldmittel zur Abnahme der erzeugten Produkte zur Verfügung stehen. Daß durch die Rationalisierung, die man einführte, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, die Millionenarmee der Erwerbslosen existiert und zwangsweise als Bedarfselement ausgeschaltet wird, kümmert diesen Kapitalismus garnicht. Diese Massen sind in seine „Bedarfswirtschaft“ nicht eingeschlossen. Daß sie in erzwungenen Müßiggang hineingepeitscht werden, zeigt die Absurdität dieses Wirtschaftslebens. Nur besonderer Gunst ist es zuzuschreiben, wenn heute noch jemand Arbeit hat oder welche bekommt. Für Millionen Arbeiter gibt es keine Arbeit mehr im Kapitalismus. Dieser Zustand drängt zu der großen Entscheidung: entweder Krieg um Absatzmärkte zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus — oder Sozialismus. Die Binnenmärkte der Länder werden künstlich beengt, und dem Expansionsstreben des internationalen Kapitals sind durch das Erwachen der primitiveren, technisch rückständigen Völker Schranken gesetzt. Die Technik und der industrielle Aufbau halten ihren Einzug in China, Indien, Australien und Rußland. Die Unabhängigmachung dieser Welten vom europäischen und nordamerikanischen Export-Kapitalismus hält an. Nur mit Mühe und Not kann man dem immer mehr um sich greifenden Selbstbewußtsein dieser Völker einen Damm entgegensetzen. Was heute nur noch mit der brutalsten militärischen Gewalt aufrechtzuerhalten ist, wird morgen in Frage gestellt sein. Nur kriegsgerische Versuche und imperialistische Maßnahmen können jetzt für den Kapitalismus noch etwas retten. Aber er ist schon gewarnt und behindert durch die Entwicklung der Völker und sieht selbst keinen

Ausweg mehr aus seiner Krise. Er ist unfähig, seine eigenen Gesetze meistern zu können. Wo sollen in Anbetracht dieser Verhältnisse noch Hoffnungen auf kapitalistische Konjunkturen bestehen?

Abwälzung der Krisenfolgen auf das Proletariat.

Die heutige Wirtschaftskrise ist eine Weltkrise. Sogar Amerika ist den Schlägen dieser Krise unterworfen. Nationale Belange spielen bei dem heutigen Kapitalismus nur noch eine ganz sekundäre Rolle. Die internationale Verständigung und Verflechtung des Kapitals macht rapide Fortschritte. Nationale Fragen gibt es nur noch beim Proletariat. Die Kartelle und Trusts greifen international ineinander über und finden im Proletariat keinen nennenswerten und ebenbürtigen organisatorischen Widerstand. Alle Probleme sind international geworden, und nur ein großer Teil der Arbeiter denkt noch national. Das Kapital organisiert international den Kampf um den Bestand seines Profitsystems. Dieser Kampf setzt sich über alle sozialen und politischen Errungenschaften hinweg und kennzeichnet sich durch einen ständigen Druck auf die Lebensexistenz und -Grundlage der Arbeiterschaft. Im Angriff auf die sozialen Einrichtungen, im Abbau jeder materiellen Fürsorge durch den Staat sieht er das letzte Mittel, die Krise zu überwinden. Die Löhne werden endlos gedrosselt, die Arbeitsbedingungen total verschlechtert und der Mensch zur Maschine degradiert. Die Verelendung breiter Schichten des werktätigen Volkes in Deutschland steigt ins Unendliche. Verzweiflung erfaßt breite Massen der Werktätigen. Gleichgerichtete Entwicklungen gehen international vor sich.

Die Pleite der Demokratie.

Hand in Hand mit dieser ökonomischen Wandlung geht die politische Reaktion. Die verschärfte Ausbeutung durch den Kapitalismus bedarf einer ihm genehmen Beherrschungsform. Seinem Wesen und seiner Entwicklung entsprechend muß sie heute monopolistisch, diktatorisch und faschistisch sein. Die demokratisch-parlamentarische Regierungsform war notwendig, um zu ihrer Zeit noch größeren politischen Gefahren zu steuern, die sich hätten aus der Revolution ergeben können. Sie war gut zu gebrauchen als Blitzableiter für die revolutionären Energien der Massen, aber heute hat diese Regierungsform für den Kapitalismus in Deutschland keinen Wert mehr. Er verlangt nach dem Mann mit der starken Hand, der durch ein Direktorium der Sachwalter der kapitalistischen Parasiten sein soll. Die Demokratie gibt keine Garantie für diese Politik. Sie läßt sich

zu viel vom Volk mit hineinreden. Die demokratischen Regierungen gaben sich wohl alle Mühe, das Wohlwollen ihrer Herren Gebieter, der Krautjunker und Schlotbarone, zu erlangen, sie erwiesen sich in jeder Beziehung als getreue Vasallen der Kapitalisten, aber den Kapitalisten genügt das nicht. Der Kurs muß noch viel besser werden, er beginnt da, wo man die Einmischung des Staates und der Öffentlichkeit in die Angelegenheiten des Kapitals vollständig aufhebt. Nieder mit den Betriebsräten, den von den reformistischen Bürokraten mitgetragenen Schlichtungsinstanzen und allen gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten, Hervorkehrung eines absolutistischen Regierungssystems, das sind die hervorstechendsten Merkmale des Wollens der Wirtschaftsgewaltigen. Es handelt sich hierbei um eine internationale Entwicklung. Es ist kein Wunder, wenn aus diesem Grunde auch die faschistische Bewegung Deutschlands von der Industrie finanziert wird. In der faschistischen Bewegung schafft sich der Kapitalismus seine moderne Schutzgarde. Weniger das ist bedeutungsvoll, ob man Hitler oder sonstwen als kommenden Mann ausersehen hat — Interesse erweckt nur das Prinzip, das durch die rücksichtslose Ausschaltung und Beseitigung aller politischen Freiheiten ein geistiges und kulturelles Trümmerfeld errichten will. Wenn jeder freie Gedanke gedrosselt sein wird, wenn die Friedhofsstille der Meinungen da ist, dann wird nur die eine existieren, die einzig mögliche und geltende: die des Kapitals. Es gibt dann nur Befehle, die das Volk von oben herab entgegenzunehmen hat. Diesen Zustand will der von den enttäuschten und betrogenen Kleinbürgermassen genährte Faschismus, aus diesem Grunde hat er die Sympathie und Hilfe des Kapitals. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital ist heute der Kampf gegen den Faschismus. Die modernste Form der Reaktion, das heutige Regierungssystem im „noch“ demokratischen Mäntelchen, muß bereits als ein faschisiertes angesprochen werden. Der Parlamentarismus hat in Deutschland ausgespielt. Es ist ja auch garnicht anders denkbar, denn im Kapitalismus herrscht nicht irgendeine Staatsform, sondern es herrscht zu allen Zeiten das Kapital, das sich noch jeden Staat dienstbar und gefügig gemacht hat. Die Notverordnungen, die uns die Brüningregierung seit Ende 1930 beschert hat, sind Ausdruck des Faschismus. Die letzten und kärglichen Reste der Demokratie: die Rede- und Pressefreiheit, das Recht der Koalition, sind faßt außer Kraft gesetzt. Die Versammlungen der Arbeiterschaft werden durch Waffensuche und Bespitzelung systematisch beunruhigt, wie in alten Zeiten beaufsichtigen die „Pickelhauben“ die Versammlungen und spähen mit Argusaugen, ob nicht durch irgendein Wort ein Grund zum Einschreiten und zur Auflösung der Versammlungen zu ergattern ist.

Wilhelm in Doorn fühlt sich ausgestochen, seine „liberal-demokratischen“ Nachfolger machen ihn unnötig. Auf die durch die Notverordnungen eingeführte Arbeitsdienstpflicht soll nur andeutungsweise hingewiesen werden; dieser Kurs zeigt, wohin die Reise geht. Es soll eine absolute politische Entrechtung und Versklavung des werktätigen Volkes vorgenommen werden. Die Weimarer Verfassung ist aufgehoben. Es wird mit dem famosen Artikel 48 regiert. Was unterscheidet die Republik noch vom Faschismus?

Die SPD. — Schrittmacherin der Reaktion.

Die Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens findet in der Arbeiterbewegung keinen nennenswerten Widerstand. Durch die sozialdemokratische Partei wird diesem Versklavungskurs schamlos das Wort geredet. Sie stützt jede, auch die reaktionärste Reichsregierung und ist für alle politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse voll verantwortlich. Nur auf ihre tätige Mithilfe ist es zurückzuführen, wenn es allenthalben gelang, diesen Kurs widerstandslos durchzusetzen. Jede sozialistische Gesinnung mit ihren Konsequenzen ist bei dieser Partei vor die Hunde gegangen. Man kennt nur noch eine einzige Rücksichtnahme, von der man alle Entscheidungen abhängig macht: unbedingt und um jeden Preis den sogenannten politischen Einfluß zu halten die feige Angst um ihre Tausende von staatlichen Posten hat den Politikern der SPD. allen Verstand und alles proletarische Fühlen genommen. Uebriggeblieben ist nur der Zustand, daß der kapitalistisch-bürgerliche Staat die Sozialdemokratie, nicht aber sie den Staat erobert hat. Die sozialdemokratischen Führer erweisen sich als die dienstefrigsten Lakaien der Herrscher von heute. Wie weit ihr Verbürgerlichungsprozeß schon vorgeschritten ist, das haben wir an der Bewilligung der Panzerkreuzer-Bauraten gesehen. Mit dem Maul sind sie für Völkerversöhnung und -Verständigung, in der Tat aber gute Militaristen, die in ihrer Endkonsequenz den Stahlhelmen und Hitlerianern in nichts nachstehen. Diese Panzerkreuzersozialisten haben es bis zum heutigen Tage verstanden, Millionen Arbeiter zu düpieren. Große Teile der Arbeiterschaft glauben noch daran, es hier mit einer Arbeiterpartei zu tun zu haben. Das ist nicht der Fall, die sozialdemokratische Partei ist der linke Flügel des Bürgertums. Sie kann ihrem ganzen Wesen nach nur Bürger, aber keine Arbeiter organisieren und gebrauchen. Es ist erfreulich, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die sozialdemokratische Partei in ihrem Tun durchschaut haben und sich jetzt mit einem Ekelgefühl von ihr abwenden. Ihre Zusammenarbeit mit den Zentrumsparfüm-

ist ein Symptom, und die Arbeiter, die die Konsequenzen einer solchen Zusammenarbeit nicht sehen, sind wirklich zu bedauern. Die pfäffische Verdummungspolitik hat ihren Schrittmacher in der Sozialdemokratie gefunden. Arbeiter, seht ihr die Zusammenhänge? Kirche und Staat waren von jeher unsere Feinde, heute versucht man sie uns als „Helfer“ und „Freunde“ schmackhaft zu machen!

Für die SPD. gibt es keinen Klassenkampf mehr. Der hat sich überlebt und überholt, seit man selbst an den Futterkrippen sitzt. Es gibt nur noch die alleinige Entscheidung aller Dinge durch den Stimmzettel, den man dann und wann einmal in ein Wahlklosett hineinträgt. Diese Politik hat unser Elend gezeitigt und hat unsere Versklavung im Gefolge. Daß Klassenfragen Macht- und Kampf Fragen sind, ist der Parteibürokratie ein Buch mit sieben Siegeln geworden. So hat sich denn das von der Sozialdemokratie vertretene Prinzip der Demokratie als vollständig untauglich für den Befreiungskampf des Proletariats erwiesen. Da, wo man die Ansätze einer sogenannten demokratischen Staatsform hatte, da fehlten die Demokraten, die zu ihrem Prinzip gestanden hätten. Uns genügt es, zu wissen, daß die sich so nennenden Demokraten alle demokratischen Grundlagen in Deutschland aufgehoben haben. Verlangt die Sozialdemokratie, daß wir sie noch ernst nehmen?

Vollständiges Versagen der zentralistischen Gewerkschaften.

Die Koalitions- und Kompromißpolitik hat man in dieser Form auch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen. Die Zentralverbände aller Schattierungen unterstehen dem Einfluß der SPD. Sie gibt den Ton an. Dieser tönernen Koloß, diese Millionen organisierter Werkstätiger haben sich in ihrer Organisation ein vollständig unbrauchbares Kampfmittel geschaffen, ein behäbiges, schwerfälliges, reaktionäres, von allen guten Geistern verlassenes Organisationsgefüge. Ihm fehlt die Lebendigkeit revolutionärer Energie und die notwendige Klassenkampffreudigkeit. In jedem Betrieb klingt es den neuanfangenden Kollegen in die Ohren: „Kollege, bist du schon organisiert?“ Daß man daraufhin auch einmal die Frage stellt und darüber nachdenkt, warum man sich denn eigentlich organisiert, das bringt die Zentralverbandsstrategen aus dem Häuschen. Es genügt eben, organisiert zu sein, und das große Heer der Nullen um eine weitere zu vermehren. Marschiere nur mit, Prolet, weshalb — das wissen wir selber nicht. Wenn wir nur marschieren. —

Die großen Zentralverbände sind lediglich Unterstützungseinrichtungen geworden. Man erzog sich eine Arbeitermentalität, die sich vollständig darin erschöpft, für den hineingesteckten Beitrag

möglichst ebensoviel herauszuholen. Daß die wenigsten Geldmittel für Streik und Kampf ausgegeben werden, versteht sich von selbst. Für die Zentralverbandsstrategen gibt es nur noch „wilde Streiks“; bei diesen sind sie der Gefahr entrückt, sie finanzieren zu müssen. Wo soll man auch bei größeren Kämpfen die Geldmittel hernehmen, wenn sie in den mannigfaltigsten kapitalistischen Unternehmungen des Wirtschaftslebens stecken? — Die Grundaufgaben einer Gewerkschaftsbewegung: Kampf um Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Abwehr aller Versuche, die Lebensexistenz des Volkes zu verschlechtern, werden nicht mehr erfüllt. Man konstatiert nur immerwährend neue und vollzogene Abbaumaßnahmen und findet sich kampflos damit ab. Das Wirtschaftsinteresse ist dem politischen unterstellt worden, auch für diese Fragen entscheidet letzten Endes die Sozialdemokratie, die auch hierin auf ihre politischen Partner der Gegenwart und der Zukunft Rücksicht nehmen muß. Sie will mit diesen Partnern und industriellen Scharfmachern die Krise überwinden, und dieser Weg geht über den Abbau aller sozialen und wirtschaftlichen „Errungenschaften“. Wenn die Zentralgewerkschaften keine Kampforganisationen sind — Arbeiter, was wollt ihr in diesen Verbänden? Es steht ganz außer Zweifel, daß die Politik der SPD. und der Zentralgewerkschaften erst dem Faschismus und der Reaktion die Möglichkeit gegeben haben, sich entfalten zu können. Wo die reaktionären Kräfte keinen ernststen Widerstand finden, da können sie sich am besten entwickeln.

Die KPD. zeigt keinen Ausweg.

In Opposition zur Sozialdemokratie befindet sich die Kommunistische Partei. Mit dem Hinweis auf Sowjetrußland will man die Arbeiterschaft erfassen, um auch hier ein Sowjetdeutschland zu errichten. Wenngleich man seitens der KPD. jeden als „Konterrevolutionär“ und „Feind“ der Arbeiterklasse brandmarkt, der es wagt, nicht in den allgemeinen Chor der Bewunderung einzustimmen, so kann uns das auf keinen Fall hindern, die Dinge kritisch zu sehen. Rußland baut nach westeuropäischem Muster den Kapitalismus auf. Die Arbeiterschaft muß begreifen, daß Industrialisierung noch lange kein Sozialismus zu sein braucht. Industrialisierung und Technisierung haben erst dann etwas mit Sozialismus zu tun, wenn sie in den Dienst der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung gestellt werden. Zu diesem Zwecke muß man die Produktion auf die Bedürfnisse der arbeitenden Konsumenten, das heißt auf die des Volkes einstellen. Daß dem aber nicht so ist, davon zeugen die vorhandenen Zustände, die sogar einen Mangel an den elementarsten Lebensbedarfsdingen

erkennen lassen. Die Rationierung der Lebensmittel zum Beispiel redet eine deutliche Sprache und erinnert uns an Zeiten, die wir noch zu gut im Gedächtnis haben. — Das russische Volk erhungert sich durch seine Primitivität die Industrialisierung! Das ist verkehrt. Eine Revolution, die nicht die Fragen der Sicherstellung der primitivsten Lebensbedürfnisse gelöst hat, ist keine Umwälzung von allzugroßer Bedeutung gewesen. Wir in Deutschland wollen uns bestens vor diesem russischen „Beispiel“ bedanken.

Die kapitalistische Entwicklung Rußlands ist unzweideutig. Den Kommunismus hat man begraben und stellt sich auf rein kapitalistische Produktionsverhältnisse ein, die ganz besonders in der Wirtschaftsführung zum Ausdruck kommen. Der neueste durch Stalin vertretene Kurs rötet die letzten Reste einer kommunistischen Wirtschaftsführung aus und überträgt die Leitung der Betriebe der Einzelinitiative, der autoritären Betriebsführung. Die kollektive Führung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst wird abgeschafft. Die Räte, als Ausdruck dieser Kollektivität, werden dem Machtspruch des Betriebsleiters unterstellt, die Selbstverantwortlichkeit der Arbeiter in ihrem Werk wird völlig erschüttert. Es ist das gerade Gegenteil von dem, was den Kommunismus und das kollektivistische Prinzip ausmacht. Daß man zwischen qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitern unterscheidet, daß nach Leistung und nicht nach dem Grundsatz voller, ausgleichender sozialistischer Gerechtigkeit bezahlt wird, daß überhaupt im Prinzip das Lohnklassensystem anerkannt wird, das zeigt uns Rußland als ein Land, welches vom Kommunismus weiter denn je entfernt ist. Daß Rußland keine Arbeitslosigkeit kennt, würde — wenn es der Fall sein sollte — noch garnichts besagen; denn es ist ja nicht das Ziel der Arbeiter, nur Arbeit zu bekommen, sondern Arbeit unter Ausschluß der Lohnsklaverei. Arbeit kann man unter Umständen schließlich auch in jedem anderen kapitalistischen Lande finden, damit ist aber noch garnichts gesagt. Wir haben als Arbeiter nur die Feststellung zu machen, daß in Rußland weder der Sozialismus noch der Kommunismus zu Hause ist.

Die Kommunistische Partei lebt und zehrt eigentlich nur von der Verherrlichung der russischen Zustände. Kritische Meinungen sind verpönt. Dessenungeachtet könnten wir durch die Führung der KPD. bestenfalls nur die gleichen Zustände herbeiführen wie in „Sowjet“rußland. Daran kann uns nichts liegen, wir wollen weiter und mehr, zumal ja auch die deutschen Verhältnisse industriell viel entwickelter sind als die russischen. Weshalb aber die russischen Verhältnisse auf Deutschland übertragen, wenn wir weitergehen können? In ihrer Endkonsequenz kann die KPD. nicht mehr schaffen

als die SPD. Sie sind beide auf dem Boden einer Weltanschauung gewachsen und unterscheiden sich nur durch die Wahl ihrer Mittel, um die Herrschaft zu erringen. Und diese von der KPD. angewandten Mittel sind manchmal sehr zweideutig; mitunter — wie beim „Roten“ Volksentscheid im August 1931 zur Auflösung des preußischen Landtages — grenzen sie an Perversität und Charakterlosigkeit. So wie die Sozialdemokraten als Panzerkreuzersozialisten, so haben wir die Kommunisten als Stahlhelmkommunisten kennengelernt. Mit solchen reaktionären Mitteln und Methoden haben klassenbewußte Arbeiter nichts zu tun. Die Klassenfronten sind geschieden, mit unseren größten Gegnern paktieren wir nicht, das erfordert unser Anstand, unsere Ehre und unser Klassenbewußtsein. Durch ihre blöde Taktik hat die KPD. der SPD. neues Wasser auf die Mühle geliefert, indem diese sagen kann, daß die KPD. gemeinsam mit der Reaktion marschiert. Die Abstimmungsergebnisse haben uns seinerzeit beim preußischen Volksentscheid mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß weite Kreise der Massen des Proletariats der KPD. die Gefolgschaft versagt haben, weil sie mit dieser Einstellung nicht mitgehen konnten. Das ist ein Gesundheitszeichen. —

Die Internationale Arbeiter-Assoziation.

Die zweite und dritte Internationale haben Bankrott gemacht. Amsterdam und Moskau wirtschaften ab. Beide werden der Arbeiterschaft nicht die soziale Befreiung bringen, sie enden gegebenenfalls bei einer Staatseroberung, die neue Sklaverei, politische Entrechtung und Ausbeutung im Gefolge hat. Zum Staatskapitalismus kommt man. Können die Arbeiter daran ein Interesse haben? Nein! — wird sich jeder vorwärtstrebende Arbeiter entscheiden. Das berechnete Mißtrauen gegenüber den politischen Parteien und ihren Internationalen zwingt zu einem Anschluß an die vollkommen andersgeartete Internationale Arbeiter-Assoziation, die IAA., unter deren Banner das Proletariat sich sammeln muß, um einen wirksamen Kampf zu führen. Die Arbeiterschaft will heraus aus dem unsäglichen Zwang des Staatsapparates, sie will die Abschaffung aller Ausbeutung und Entrechtung, sie will den sozialen Aufstieg! Weg mit der gesamten Lohnsklaverei, auch wenn sie sich in noch so verbrämtem Gewande wieder einzunisten versucht!

Die IAA. ist die Fortsetzung der im Jahre 1864 von Arbeitern ins Leben gerufenen ersten Internationale. Im Jahre 1920 neu gegründet, steht sie genau wie ehemals auf dem fundamentalen Boden der wirtschaftlichen Solidarität der Arbeiter der Welt. Gegen die Staaten aller Länder propagiert sie die ökonomische Solidarität der

Arbeiter und ist der Meinung, daß die zukünftige Verwaltung der Dinge das Werk der Arbeiter selbst sein muß unter Ausschluß des Staates. Die befreite und organisierte Arbeit wird den Staat ersetzen. Die Sektionen der Internationale und ihre Gewerkschaften werden die notwendige Verwaltungsarbeit übernehmen. Das war ein gesunder Standpunkt, der den politischen Karrieremachern das Wasser abgrub. Wenn sich die Arbeiterklasse insgesamt auf diesen Standpunkt konzentriert hätte, dann stünden wir heute besser da und brauchten uns nicht mit den Politikanten herumschlagen.

Hunderttausende Arbeiter marschieren bereits wieder unter dem Banner der wiedergeborenen ersten Internationale. Das spanische Proletariat, in der syndikalistischen „Confederacion Nacional del Trabajo“ organisiert, kämpft gegen Kapitalismus und Staat und steht in einem ausgesprochenen Gegensatz zur zweiten und dritten Internationale. Die syndikalistischen Organisationen aller Länder stehen zur CNT. Sie muß durch das Beispiel ihrer Methoden und Kämpfe in Spanien die gesamte Arbeiterbewegung neu beleben. Besonders deshalb, weil hier mit allen revolutionären Mitteln gekämpft wird, die in den Arbeiterorganisationen der meisten Länder verpönt sind. In Spanien werden noch Generalstreiks geführt, wird die Sabotage als Kampfmittel in Anwendung gebracht, erlebt die passive Resistenz eine ihr gebührende Berücksichtigung. An unserer spanischen Organisation werden sich die spanischen Noskes die Zähne ausbeißen. So leicht wie in Deutschland wird es der dortigen Sozialdemokratie nicht gemacht werden. — Trotz aller Schwindeleien und Verleumdungen, die die Kommunistische Internationale über unsere spanischen Genossen verbreitet hat, kämpfen unsere Genossen und lassen sich nicht beirren.

In Deutschland ist die Internationale Arbeiter-Assoziation in der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) verankert. Deutschland hat einen schweren und steinigen Boden für unsere Ideen, aber wenn man weiß, daß es keine andere Möglichkeit gibt, um zur sozialen Freiheit und Beseitigung der Ausbeutungswirtschaft zu kommen, dann erwächst uns die Aufgabe, Mahner und Rufer zu sein. Weite Kreise der Arbeiterschaft wenden sich mit Ekel und Abscheu von den Parteien ab, die sie bisher in einem fort betrogen haben. Verzweiflung und Indifferenz haben aber keinen Sinn, sie dienen nur dem Klassenfeind. Aus diesem Grunde rufen wir dich, Arbeiter. Hand- und Kopfarbeiter, denen es um den Sozialismus ernst ist, die ihr ihn nicht in den veralteten und verstaubten Parlamentsräumen begraben lassen wollt, ihr seid aufgefordert zum Eintritt in unsere Reihen. Die anarcho-syndikalistische Bewegung Deutschlands ist das Sammelbecken aller wirklich um Frei-

heit kämpfenden Arbeiter. Nur durch sie wird es möglich sein, Freiheit und Wohlstand für Alle zu schaffen. Sie betritt nicht die schlüpfrigen Pfade der Parlamentspolitik, und es liegt ihr auch nichts an Diktaturzuständen, einerlei in welcher Form und Farbe sie sich uns aufdrängen wollen. Prolet — entscheide dich!

Weg und Ziel der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten).

Die FAUD. (Anarcho-Syndikalisten) ist keine politische Partei. Gegen die Parteien organisiert und erfaßt sie die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten. Durch den revolutionären Wirtschaftskampf kämpft sie auch gleichzeitig für politische Forderungen und Notwendigkeiten. Sie ist wirtschaftlich-politisch gegen den Staat, die Regierungen und Parteien eingestellt und darum wirklich revolutionär.

Die organisatorische Grundlage der FAUD. (A.-S) kann darum nur eine ökonomische sein. Sie wurzelt in den Industrieföderationen oder Industrieorganisationen der Fabrik- und Landarbeiterschaft, diese wiederum in den Betrieben und Betriebsorganisationen der einzelnen Industrien. Dem Anarcho-Syndikalismus entsprechen diese und keine anderen Organisationsgruppierungen. Der Anarcho-Syndikalismus lebt durch diese organisatorische Grundlage seinen ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen. Die ideologischen Triebkräfte des Anarchismus sind beim Anarcho-Syndikalismus in den revolutionären Industrieföderationen verankert. Der Anarcho-Syndikalismus ist die Einheitsorganisation des Proletariats. Er fundiert in seiner Organisationsgrundlage — in den Industrieföderationen — die Geisteswelt des Anarcho-Syndikalismus. Auf dieser Grundlage schweißt er die materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse zusammen. Dies ist unsere Weltanschauung. Auf dieser Grundlage führt er den Tageskampf und auch den Kampf um die Zukunft — den freiheitlichen Sozialismus. Als Hilfsmittel, und um seinen Aufgaben gerecht zu werden, die darin bestehen, die Gesellschaft von Grund auf umzugestalten und auf der Basis der sozialen Gerechtigkeit zu organisieren, entwickelt er aus dem Schoße des revolutionären Land- und Industrieproletariats, aus den Industrieföderationen heraus, seine Arbeitsbörsenorgane, die lediglich die Vollstrecker des Willens des Proletariats selbst sind. Die Arbeitsbörsen als lokale Vereinigungen aller Arbeiter sind organisch entwickelt und gebunden durch und an die einzelnen Industrieföderationen, deren anarcho-syndikalistisches Wollen sie widerspiegeln.

Die Industrieorganisationen können nicht mit den bloßen Berufsorganisationen identifiziert und verwechselt werden. Denen

gegenüber sind sie fortschrittlich und durchaus modern, den Verhältnissen entsprechend eingestellt. Sie knüpfen an die Organisationsgruppierungen des heutigen Kapitalismus an, der sich in Industriekartellen und Industrietrusts zusammengeschlossen hat. Diesem Zustand entsprechend schafft der Anarcho-Syndikalismus durch die FAUD. (A.-S.) ebenbürtige Organisationsgruppierungen gegen den Kapitalismus, die die Aussicht haben, den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich zu bestehen. Dies ist die organisatorische Linie, die die FAUD. (A.-S.) propagiert.

Auf dieser organisatorischen Grundlage wollen wir die Arbeiterschaft zum Klassenkampf herausfordern. Mit den Mitteln der direkten Aktion, das heißt des Eingreifens in den Gang der Dinge und Entwicklung, ohne an parlamentarische Gepflogenheiten gebunden zu sein, wollen wir zum Kampf für folgende Tages- und Zielforderungen aufrufen:

- 1. Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse;**
- 2. Kampf um die Erweiterung der Macht der Betriebs- und Arbeiterräte, um sie zu Instrumenten der Kontrolle der Produktion und der Organisierung des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und die fortschreitende Faschisierung zu machen;**
- 3. Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Rationalisierung durch Erringung des Sechsstudentages bei vollem Lohnausgleich und unter gleichzeitigem Einsatz aller Klassenkräfte für die Erhöhung der Arbeitslöhne; Herstellung der solidarischen, praktischen Einheitsfront zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen ist die Vorbedingung dieser Kämpfe — nicht politische Schaumschlägerei und Machtpolitik diktatorlüsterner Politikanten, sondern nur praktische Zusammenarbeit der Gesamtarbeiterklasse ist der Ausweg;**

4. Einheitslöhne als etappenweise lokal und industriell zu erkämpfendes Ziel;
5. Organisierung breiter Boykottbewegungen zur Unterstützung der Wirtschaftskämpfe und Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die Preisgestaltung, um den Wirtschaftsaktionen sozialistischen Wert zu geben;
6. Organisierung von Mieterstreiks unter den Arbeitslosen;
7. Vorbereitung des Generalstreiks zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Niederschlagung der Reaktion;
8. Organisation der befreiten Arbeit aus den Betrieben, Werkstätten, Feldern und Industrien heraus, die in einem freien Rätssystem wurzeln muß.

Die freie, räteorganisierte Gesellschaft ist unser Ziel. Um sie kämpfen wir.

Für die freie Rätegesellschaft in einem freien Räte-Deutschland! Hinein in die FAUD.

Arbeiter, werde Mitglied!

Prinzipienerklärung des Anarcho-Syndikalismus

Angenommen auf dem 12. Syndikalistens-Kongreß, abgehalten vom 27. bis 30. Dezember 1919 in dem „Luisenstädtischen Realgymnasium“ zu Berlin, ergänzt auf dem 16. Kongreß in Abs. 11 und 17.

Die heutige Gesellschaftsordnung, die auch die kapitalistische genannt wird, gründet sich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Versklavung des werktätigen Volkes und findet einerseits im sogenannten „Eigentumsrecht“, d. h. im Monopol des Besitzes, andererseits im Staat, d. h. im Monopol die Macht, ihren wesentlichen Ausdruck.

Durch die Monopolisierung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel in der Hand kleiner privilegierter Gesellschaftsgruppen sind die produzierenden Klassen gezwungen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten den Eigentümern zu verkaufen, um ihr Leben fristen zu können und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages an die Monopolisten abtreten. Auf diese Weise in die Stellung rechtloser Lohnsklaven gedrängt, haben sie keinerlei Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der Produktion, die ganz und gar dem Selbstbestimmungsrecht der Kapitalisten überlassen ist. Es ist daher auch ganz natürlich, daß bei einem solchen Zustand der Dinge die Grundlage der heutigen Gütererzeugung nicht durch die Bedürfnisse der Menschen, sondern in erster Linie durch die Voraussetzung des Gewinns für den Unternehmer bestimmt wird. Da aber dasselbe System auch dem Austausch und der Verteilung der Produkte zugrunde liegt, so sind die Folgen auch auf diesem Gebiete dieselben und finden in der rücksichtslosen Ausbeutung der breiten Massen zugunsten einer kleinen Minderheit Besitzender ihren Ausdruck. Ist die Beraubung des Produzenten der mehr oder weniger verschleierte Zweck der kapitalistischen Produktion, so ist der Betrug an den Konsumenten der eigentliche Zweck des kapitalistischen Handels.

Unter dem System des Kapitalismus werden alle Errungenschaften der Wissenschaft und des geistigen Fortschritts den Monopolisten untertan gemacht. Jede neue Entwicklung auf dem Gebiete der Technik, der Chemie usw. trägt dazu bei, die Reichtümer der besitzenden Klassen ins Ungemessene zu steigern, im schauerlichen Gegensatz zu dem sozialen Elend breiter Gesellschaftsschichten und zu der andauernden wirtschaftlichen Unsicherheit der produzierenden Klassen.

Durch den ununterbrochenen Kampf der verschiedenen nationalen kapitalistischen Gruppen um die Beherrschung der Märkte wird eine ständige Ursache innerer und äußerer Krisen geschaffen, die periodisch in verheerenden Kriegen zur Entladung kommen, unter deren schrecklichen Folgen wiederum die unteren Schichten der Gesellschaft fast ausschließlich zu leiden haben. Die gesellschaftliche Klassenteilung und der brutale Kampf „Alle gegen Alle“, diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in derselben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter und das Moralempfinden des Menschen, indem sie die unschätzbaren Eigenschaften der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls, jene kostbare Erbschaft, welche die Menschheit aus den früheren Perioden ihrer Entwicklung übernommen hat, in den Hintergrund drängen und durch krankhafte antisoziale Züge und Gewohnheiten ersetzen, die im Verbrechen, in der Prostitution und in allen anderen Erscheinungen der gesellschaftlichen Fäulnis ihren Ausdruck finden.

Mit der Entwicklung des Privatbesitzes und der damit verbundenen Klassengegensätze entstand für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit, einer mit allen technischen Gewaltmitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutze ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen — der Staat. Ist der Staat somit in erster Linie ein Produkt des Privatmonopols und der Klassenteilung, so wirkt er, einmal in Existenz, mit allen Mitteln der List und Gewalt für die Aufrechterhaltung des Monopols und der Klassenunterschiede, folglich für die Verewigung der wirtschaft-

lichen und sozialen Versklavung der breiten Masse des Volkes und hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigsten Ausbeutungsinstitution der zivilisierten Menschheit emporgeschwungen.

Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie oder Republik, Despotie oder Demokratie — sie alle stellen nur verschiedene politische Ausdrucksformen des jeweiligen wirtschaftlichen Ausbeutungssystems vor, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestaltung, nie aber in ihrem innerlichen Wesen voneinander unterscheiden und in allen ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der besitzenden Klassen sind.

Mit der Entstehung des Staates beginnt die Aera der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten. Kirche und Staat waren die ersten Vertreter dieses Systems und sind bis heute seine vornehmsten Träger geblieben. Und da es im Wesen des Staates liegt, alle Zweige des menschlichen Lebens seiner Autorität unterzuordnen, so mußte die Methode der Zentralisierung desto verhängnisvollere Folgen haben, je mehr der Staat den Kreis seiner Funktionen erweitern und ausbauen konnte. Ist doch der Zentralismus die extremste Verkörperung jenes Systems, das die Regelung der Angelegenheiten Aller einzelnen Personen in Bausch und Bogen überträgt.

Dadurch wird der Einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur — und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt. So wird der Staat zum mächtigen Hemmnis jedes Fortschritts und jeder kulturellen Entwicklung, zum festesten Bollwerk der besitzenden Klassen gegen die Befreiungsbestrebungen des arbeitenden Volkes.

Die Anarcho-Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen, sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d. h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Anarcho-Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Anarcho-Syndikalisten sind der Ueberzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Dekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Uebernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, sind die Bestrebungen aller anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften darauf gerichtet, vermittels der direkten Aktion möglichst hohe Reallöhne und möglichst kurze Arbeitszeit zu erkämpfen, da dieses der einzig mögliche Weg ist, die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu stärken und die Masse geistig zu heben.

Auf diese Weise bildet die aktive Führung des täglichen Klassenkampfes gleichzeitig die Schule für die Vorbereitung der Mit-

glieder für die Uebernahme der Konsumtion, Produktion und Verwaltung der späteren sozialistischen Gemeinschaft.

Die Anarcho-Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreise sie auch angehören, niemals imstande sind, den sozialistischen Aufbau durchführen zu können, sondern, daß diese Arbeit nur von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter geleistet werden kann. Aus diesem Grunde erblicken sie in der Gewerkschaft keineswegs ein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation. In diesem Sinne erstreben die Anarcho-Syndikalisten schon heute eine Form der Organisation, die sie befähigen soll, ihrer großen historischen Mission und in derselben Zeit dem Kampfe für die täglichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden.

An jedem Orte schließen sich die Arbeiter der revolutionären Gewerkschaft ihrer Industrien oder Berufe an, die keiner Zentrale unterstellt ist, ihre eigenen Gelder verwaltet und über vollständige Selbstbestimmung verfügt. Die Gewerkschaften der verschiedenen Industrien oder Berufe vereinigen sich an jedem Orte in der Arbeitsbörse, dem Mittelpunkt der lokalen gewerkschaftlichen Tätigkeit und der revolutionären Propaganda. Sämtliche Arbeitsbörsen des Landes vereinigen sich in der Allgemeinen Föderation der Arbeitsbörsen, um ihre Kräfte in allgemeinen Unternehmungen zusammenfassen zu können.

Außerdem ist jede Gewerkschaft noch föderativ verbunden mit sämtlichen Gewerkschaften desselben Berufs im ganzen Lande und diese wieder mit den verwandten Berufen, die sich zu großen allgemeinen Industrieverbänden zusammenschließen. Auf diese Weise bilden die Föderation der Arbeitsbörsen und die Föderation der Industrieverbände die beiden Pole, um die sich das ganze gewerkschaftliche Leben dreht.

Würden nun bei einer siegreichen Revolution die Arbeiter vor das Problem des sozialistischen Aufbaues gestellt, so würde sich jede Arbeitsbörse in eine Art lokales statistisches Büro verwandeln

und sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung nehmen. Die Arbeitsbörse hätte die Aufgabe, den Konsum zu organisieren, und durch die Allgemeine Föderation der Arbeitsbörsen wäre man dann leicht imstande, den Gesamtverbrauch des Landes zu berechnen und auf die einfachste Art organisieren zu können.

Die Industrieverbände ihrerseits hätten die Aufgabe, durch ihre lokalen Organe und mit Hilfe der Betriebsräte sämtliche vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen und die einzelnen Produktionsgruppen und Betriebe mit allem Notwendigen zu versorgen. Mit einem Worte: Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeitsbörsen.

Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Anarcho-Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist aufs engste verknüpft mit der Beherrschung des Menschen durch den Menschen, so daß das Verschwinden der einen notwendigerweise zum Verschwinden der anderen führen muß. Unter Betonung dieser grundsätzlichen Auffassung erklären die Anarcho-Syndikalisten, daß sie dem politischen Kampf nicht teilnahmslos gegenüberstehen oder gar eine Beeinflussung der politischen Verhältnisse ablehnen, sondern daß sie auch auf politischem Gebiete für jeden freiheitlichen Fortschritt mit den Mitteln der direkten Aktion kämpfen und die Reaktion mit allen Mitteln bekämpfen werden.

Die Anarcho-Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann, und daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt, dem System der Lüge

und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen — den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

Die Anarcho-Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich die Religion des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Herrschaft der besitzenden Klassen verbirgt. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung erledigen zu können im solidarischen Einverständnis mit allen anderen Gruppen und Volksverbänden,

Die Anarcho-Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen — der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates — nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, die Massen geistig zu erziehen und in den wirtschaftlichen Kampforganisationen zu vereinigen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaates entgegenzuführen.

*

Als Ergänzung zur Prinzipienklärung nahm der 13. Kongreß der FAUD. (A.-S.), der in Düsseldorf tagte, folgende Resolution an:

„Die auf dem 12. Kongreß der FAUD. (A.-S.) angenommene Prinzipienklärung ist auch jetzt noch maßgebend. Nur die Begründung derselben kann im Wortlaut und Sinn schärfer präzisiert werden. Das gilt besonders für die Stellung der Anarcho-Syndikalisten zu den politischen Parteien aller Richtungen. Alle vorhandenen Parteien stehen auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht im Staate, auch die, welche in ihren Programmen die marxistische oder materialistische Geschichtsauffassung zur Grund-

lage haben. Sie wollen die politische Macht im Staate erobern, um durch Gebrauch der Staatsgewalt die geistigen und wirtschaftlichen Verhältnisse umzuformen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jede Partei, in den Besitz der Macht gelangt, stationär und in der Folge reaktionär wirken muß. Parteien sind Organisationen von Gesinnungsverwandten, nicht von Interessengleichen.

Das Schwergewicht der Kraft einer Gesellschaft liegt auf wirtschaftlichem Gebiete und in den wirtschaftlichen Organisationen, und von diesen müssen die entscheidenden Kämpfe geführt werden, welche die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zum Ziel haben. Aus dieser Erkenntnis heraus stellt sich die FAUD. (A.-S.) uneingeschränkt auf den Boden der Weltanschauung des herrschaftslosen Sozialismus, der die Beseitigung jeder politischen Macht zur Voraussetzung hat. Das bedingt die Ablehnung des zentralistischen Systems der marxistischen Parteien, das dem kapitalistischen Staatssystem entlehnt ist. Demgegenüber stellt sich die FAUD. (A.-S.) uneingeschränkt auf den Boden des Föderalismus und sieht in der wirtschaftlichen Organisation aller Produzenten, welche erfüllt sein müssen von Solidaritätsgefühl und durchdrungen vom Standpunkt der gegenseitigen Hilfe, die Fundamente der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Der Föderalismus verlangt Selbstverantwortung und Entschlußfreiheit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens und lehnt jede innerorganisatorische Einwirkung aller Parteien und gleichwertigen Organisationen ab. Demzufolge können Mitglieder anarcho-syndikalistischer Organisationen einer politischen Partei nicht angehören. Das Bekenntnis zum Anarcho-Syndikalismus und Föderalismus verlangt Toleranz (Duldsamkeit) auf den Gebieten des geistigen Lebens und läßt unseren Mitgliedern volle Freiheit in der Frage der Zugehörigkeit zu Kultur- und anderen Vereinen, welche in ihrer Tätigkeit den Förderungen unserer Prinzipienklänge nicht entgegenstehen oder entgegenarbeiten.“

Organisations-Statut

Zusammensetzung, Zweck und Sitz.

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) setzt sich zusammen aus Industrieföderationen (Gewerkschaftsbünden) und solchen Organisationen (Ortsvereinen oder Betriebsvereinen; letztere haben sich zu Ortsvereinen zusammenzuschließen), für die eine Föderation noch nicht besteht, soweit diese sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen wollen und die Bestrebungen sich zu eigen machen, die in der Prinzipienklärung ihren Ausdruck finden.

Zur FAUD. (A.-S.) können nicht gehören solche Gewerkschaften, die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinschaft der Interessen zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse anerkennen und erstreben.

Die FAUD. (A.-S.) bezweckt die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder. Sie lehnt jede parteipolitische Beeinflussung und Tätigkeit ab.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Einheitlichen Zusammenschluß aller zu bestimmten Berufen, Gewerben und Industrien gehörenden Mitglieder in Industrieföderationen zu gemeinsamem Handeln im Rahmen ihrer beruflichen, gewerblichen oder industriellen Interessen;
2. Erzielung möglichst günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen;
3. Durchführung der für die Verbesserung der Lebenslage und Regelung des gewerkschaftlichen Lebens gefaßten Beschlüsse;
4. Einwirkung auf die soziale Entwicklung im Interesse der Arbeiterschaft und Erkämpfung eines ausgeprägten Mitbestimmungsrechts in allen Fragen des gewerblichen Lebens;
5. Gewerkschaftliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift;
6. Herausgabe des Organisationsorgans;
7. Bildung von Jugend- und Lehrlingssektionen und Einwirkung auf das Lehrlingswesen;
8. Aufstellung von Statistiken in den einzelnen Berufen, Gewerben und Industrien;
9. Pflege der Solidarität unter der Gesamtmitgliedschaft und der Kollegialität unter den Angehörigen der einzelnen Berufe.

Ferner dient den Zwecken der FAUD. (A.-S.):

1. Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen;

2. Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz bei allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und der Sozialversicherung. Der Sitz der FAUD. (A.-S.) ist Berlin.

II. Mitgliedschaft.

Mitglied der FAUD. (A.-S.) kann jede Arbeiterin und jeder Arbeiter sowie Angestellte werden. Die Erwerbung der Mitgliedschaft erfolgt nach Maßgabe der Berufszugehörigkeit am Wohn- bzw. Arbeitsort. Einzelmitglieder schließen sich dem nächstliegenden Ortsverein oder der Geschäftsleitung ihrer Industrieföderation an.

Bei Eintritt sind ein Eintrittsgeld in Höhe von Mark und zwei Wochenbeiträge sofort zu zahlen. Mitglieder, die von anderen gewerkschaftlichen Organisationen übertreten, sind vom Eintrittsgeld befreit, wenn sie dort ihre Verpflichtungen erfüllt haben.

III. Beitrag.

Unter allen Umständen ist jeder Ortsverein verpflichtet, mindestens einen Stundenlohn als ordentlichen Wochenbeitrag von den beschäftigten Mitgliedern das ganze Jahr hindurch zu erheben, der durch Einkleben der Beitragsmarke in das Mitgliedsbuch bestätigt wird. Bei Saisonarbeitern kann die Zahl der Beitragswochen beschränkt und in die Zeit der Arbeitsmöglichkeit verlegt werden. Auf alle Fälle muß der Beitrag im Jahre mindestens die Höhe eines ganzen Wochenlohnes erreichen. Der Wochenbeitrag darf jedoch nicht unter 50 Pfg. betragen.

Dieser ordentliche Beitrag darf zu keinem anderen Zweck als zur Pflege der Organisation, für Bildungswesen, Propaganda, Solidarität bei Streiks und Aussperrungen, Unterstützung Gemaßregelter und für Rechtsschutz verwendet werden. Für alle etwaigen weiteren Unterstützungen sind Extrabeiträge zu erheben.

IV. Austritt und Ausschluß.

- a) **Austritt:** Der Austritt aus der FAUD. (A.-S.) ist zu jeder Zeit gestattet.
- b) **Ausschluß:** Der Ausschluß eines Mitgliedes kann durch die Mitgliederversammlung seines Ortsvereins erfolgen, wenn es
 1. sich beharrlich weigert, den Organisationsbeschlüssen nachzukommen;
 2. mit dem regelmäßigen Beitrag, ohne Stundung erhalten zu haben, länger als acht Wochen im Rückstande ist;

3. Handlungen begeht, die die Interessen der FAUD. (A.-S.) schädigen und ihren Grundsätzen zuwiderlaufen.

Den Ausgeschlossenen steht das Recht der Appellation an die für sie zuständigen Arbeitsbörsen zu.

Ortsvereine, die dauernd den Kongreßbeschlüssen zuwiderhandeln, müssen aus der FAUD. (A.-S.) ausgeschlossen werden. Arbeitsbörsen und Industrieföderationen können solche Gruppen aber nur aus ihrem engeren Organisationsrahmen ausschließen. Sie haben dies der Geschäftskommission nebst Begründung zu melden.

Von der Abführung der Pflichtbeiträge an die ausschließenden Instanzen befreit sie indes der schwebende Streit nicht.

Ein gänzlicher Ausschluß von Organisationen aus der FAUD. (A.-S.) kann nur auf einem Reichskongreß erfolgen. In dringenden Fällen kann auf Antrag auch der Reichsrat einen solchen Ausschluß beschließen.

V. Pflichten der Mitglieder.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich im Sinne der Satzungen, der Kongreß-, Föderations-, Arbeitsbörsen- und Ortsvereinsbeschlüsse zu betätigen.

VI. Erlöschen der Mitgliedschaft.

Weder während der Mitgliedschaft noch nach ihrem Erlöschen steht den einzelnen Mitgliedern oder ihren Rechtsnachfolgern ein Anspruch auf das Organisationsvermögen zu.

VII. Rechtsschutz.

Die Pflege des Rechtsschutzes der Mitglieder in Streitfällen, die aus dem Arbeitsverhältnis und der gewerkschaftlichen Propaganda erwachsen, sowie solchen, die aus dem Krankenkassen-, Alters- und Invaliditäts- sowie Unfallversicherungs- oder Knappschaftsgesetz entspringen, ist zunächst Aufgabe der einzelnen örtlichen Organisationen. Gehen aber die geistigen wie finanziellen Anforderungen, die eine gründliche Durchführung einer Klage erheischt, über die Kräfte eines Ortsvereins hinaus, dann hat dieser

1. der Ortsbörse (wo eine solche besteht) den Fall vorzutragen, und diese nimmt sich der Klage an, wenn sie begründet ist. Für die finanzielle Durchführung haben dann alle Ortsvereine des Börsenbezirks gemeinsam prozentual ihres Mitgliederbestandes einzustehen;

2. Ortsbörsen sowie isoliert stehende Ortsvereine, also solche, an deren Ort keine Börse besteht, haben sich im Unvermögensfalle an ihre zuständige Kreisarbeitsbörse zu wenden;
3. Die Kreisarbeitsbörsen wenden sich an ihre zuständigen Provinzarbeitsbörsen, und diese, wenn auch sie nicht mehr helfen können, wenden sich an die Geschäftskommission, welche dann, wie in der Unterstützung von Streiks, so auch in der Rechtsschutzfrage handelt.

VIII. Streiks und Aussperrungen und ihre Unterstützung.

Die Vorbereitungen zu Lohnbewegungen haben in den Mitgliederversammlungen zu geschehen. Umfaßt eine Lohnbewegung einen größeren Bezirk, dann haben alle an ihr beteiligten Organisationen der FAUD. (A.-S.) die Pflicht, in besonderen gemeinsamen Konferenzen Richtlinien über die Führung der Bewegung aufzustellen. Bei Streiks und Maßregelungen wird die Unterstützung vom ersten Tage an bezahlt. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach der Höhe des Beitrages. Sie darf jedoch in keinem Fall den dreieinhalbfachen Wochenbeitrag pro Tag übersteigen, der innerhalb eines Bezirkes durchschnittlich geleistet wird. Wenn ein Gemaßregelter durch Gewinnen eines Prozesses den Lohn in Höhe der doppelten Unterstützung erhält, so hat er das Mehr an die Organisation zurückzuerstatten.

Gemaßregeltenunterstützung wird nur so lange gezahlt, bis die Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt.

Jeder Ortsverein hat, um ein gemeinsames Zusammenwirken von vornherein zu gewährleisten, wenn er in einen Angriffs- oder Abwehrstreik eintreten will oder ausgesperrt werden soll, dieses möglichst frühzeitig der Geschäftsleitung seiner zuständigen Kreis- oder Provinzarbeitsbörse zu melden und über alle Einzelheiten, die hierbei in Frage kommen, Auskunft zu erteilen.

Bei jedem Streik, der nach kurzer Zeit vom Ortsverein selbst nicht mehr getragen werden kann und auf Solidarität gestützt wird, ist der Ortsverein nur dann zum Empfang der Solidarität berechtigt, wenn er seinen Verpflichtungen gerecht geworden ist, d. h. wenn alle am Streik Beteiligten schnellstens durch ihre Funktionäre der zuständigen Arbeitsbörse gemeldet werden und fortlaufend wöchentlich über die Streikbeteiligung neu berichtet wird. Nur nach Erfüllung dieser Forderung kann Solidarität beansprucht werden und wird solche ausgegeben.

Die Ausübung der Solidarität geschieht zunächst aus den Mitteln des Ortsvereins selbst, wenn diese erschöpft sind, durch die

Ortsbörse und darüber hinaus durch die Kreis- und Provinzarbeitsbörse. Nimmt ein Kampf aber größere Dimensionen an, so daß die zuständige Provinzarbeitsbörse allein nicht mehr in der Lage ist, die nötigen Unterstützungssummen in ihrem Wirkungskreis allein aufzubringen, dann wendet sich diese an die Geschäftskommission, die dann die Aufgabe hat, sämtliche Ortsvereine und Börsen zu gemeinsamer Solidarität aufzurufen. Die Solidaritätsgelder sind dann zwecks Registrierung von den Ortsvereinen ihren zuständigen Provinzarbeitsbörsen oder Kreisbörsen zuzusenden und von diesen, mit Ausnahme derjenigen Börse, in deren Bereich der Kampf entbrannt ist, an die Geschäftskommission. Diese hat dann der betreffenden Provinzarbeitsbörse oder einer von dieser benannten Stelle die bei ihr eingelaufenen Gelder zu übermitteln, die nur als Solidaritätsgelder und nicht als Darlehen zu betrachten sind.

Jeder im Kampf stehende Ortsverein hat wöchentlich seiner Kreis- bzw. Provinzarbeitsbörse, der Geschäftskommission und den Geschäftsleitungen der Industrieföderationen einen genauen Bericht über die Zahl der Streikenden, die Höhe der Unterstützung, die Erhebung von Extrabeiträgen sowie über den Verlauf des Kampfes zu geben.

Nach Beendigung solcher Streiks und nach erfolgter Abrechnung sind die überschießenden Beträge der Geschäftskommission zur Verwendung bei späteren Kämpfen zu überweisen.

Grundsätzlich wird von jedem Ortsverein erwartet, daß er alles aufbietet, seine Kämpfe mindestens 14 Tage selbst unterstützen zu können. Reichen hierzu die regelmäßigen Wochenbeiträge nicht aus, so hat der Ortsverein möglichst vorher Extrabeiträge zu erheben und solche auch während des Kampfes von etwa in Arbeit Stehenden zahlen zu lassen.

Streikunterstützung aus Organisationsmitteln darf nur an Mitglieder gezahlt werden, die der Organisation mindestens 3 Monate (13 Wochen) angehören und ihre Verpflichtungen erfüllt haben.

Bei Massen- oder Generalstreiks aus wirtschaftlichen oder politischen Ursachen wird finanzielle Unterstützung nicht gewährt.

Jeder selbständige Ortsverein ist verpflichtet, sich einen Solidaritätsfonds zu schaffen, durch welchen es möglich ist, bei einem Solidaritätsaufruf sofort das nötige Geld, mindestens aber einen Stundenlohn pro Mitglied der aufrufenden Körperschaft zur Verfügung stellen zu können.

Ortsvereine, welche sich an der Unterstützung der Kämpfe trotz finanzieller Möglichkeit ihrerseits nicht beteiligen, haben kein Recht, die Solidarität anderer Organisationen in Anspruch zu nehmen und

können eventuell durch Kongreßbeschluß aus der FAUD. (A.-S.) ausgeschlossen werden.

Um mit der streikenden Organisation in engster Föhlung zu sein und allen etwa von außen an sie ergehenden Anfragen genügen zu können, ist diese verpflichtet, die Geschäftsleitung der Orts-, Kreis- oder Provinzarbeitsbörse zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen. Diese hat aber nur beratende Stimme und kann für die Beschlüsse solcher Sitzungen nicht verantwortlich gemacht werden.

IX. Gliederung.

Die Organisationen in jedem Orte sind möglichst nach Industrien aufzubauen. Handelt es sich um Großbetriebe, dann benennt sich die Organisation nach dem Industriezweig, dem der Betrieb vorwiegend dient, so z. B. nach der Bau-, Bergwerks-, Bekleidungs-, Holz-, der keramischen, Metall- oder chemischen Industrie, dem graphischen oder Verkehrsgewerbe, nach der Nahrungsmittel-, Wasser-, Gas- oder Elektrizitätsversorgung, der Landwirtschaft usw.

In kleineren Orten und überall dort, wo vorerst nur wenige Mitglieder vorhanden sind, die der FAUD. (A.-S.) angehören wollen, schließen sich diese der Föderation an, aus deren Industrie sich der größte Prozentsatz rekrutiert. In Vereinigungen aller Berufe sind diejenigen Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen, für die eine besondere Industrieföderation am Orte noch nicht besteht.

Wenn aber in diesen Sammelstätten eine größere Anzahl von Angehörigen derselben Industrie vertreten sind, bilden diese, falls sie sich stark genug dazu fühlen, eine selbständige Organisation für die betreffende Industrie. Mangelt es aber an den Voraussetzungen, die für eine selbständige Organisation nötig sind, dann formieren diese Mitglieder innerhalb der Vereinigung aller Berufe eine Sektion und schließen diese der zuständigen Industrieföderation an.

I. Industrieföderationen.

Alle Vereinigungen derselben Industrie bilden für sich eine Industrieföderation für das ganze Reich. Ausführendes Organ der Föderation ist die auf der Föderationskonferenz gewählte Geschäftsleitung.

Die Industrieföderationen erkunden in erster Linie mit Hilfe ihrer Geschäftsleitungen die in ihrer Industrie herrschenden Arbeitsmethoden, Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse. Sie suchen die Art der Produktionsweise zu ergründen, ebenso die Bezugsquellen der Rohprodukte und deren Gewinnung, die Absatzgebiete der Fertig- und

Halbfertigfabrikate usw. und suchen an Hand gemachter Erhebungen und Studien den Mitgliedschaften durch Wort und Schrift das nötige Wissen zu vermitteln, bei ihnen das Klassenbewußtsein zu fördern und gegebenenfalls die zweckentsprechende Kampfeskampftaktik zu empfehlen.

Die Industrieföderationen verbinden sich miteinander zu einer Arbeitsgemeinschaft. Sie wählen zu diesem Zweck auf ihren Reichskonferenzen je einen Vertreter und einen Stellvertreter in den „Reichsrat der Industrieföderationen“ zu dem Zweck gemeinsamen Handelns bei unvorhergesehenen Fragen.

2. Arbeitsbörsen.

Bestehen an einem Ort oder in einem engeren Bezirk mehrere Ortsvereine, die der FAUD. (A.-S.) angehören, so haben sich diese zu einer Arbeitsbörse (Gewerkschaftskartell) zusammenzuschließen, deren Aufgabe es ist, die örtlichen Interessen aller ihr angeschlossenen Organisationen und Mitglieder jederzeit zu beraten und für diese gemeinsam einzutreten.

An jedem Ort darf nur eine Arbeitsbörse bestehen.

Die Arbeitsbörsen schließen sich zu Kreisarbeitsbörsen, darüber hinaus zu Provinzarbeitsbörsen zusammen. Eine Provinzbörse kann nur aus Kreisbörsen gebildet werden. Jede Arbeitsbörse wählt sich auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Konferenz zur Verwaltung ihrer Obliegenheiten eine Geschäftsleitung.

Die Provinzarbeitsbörsen sehen in der Geschäftskommission die Reichsverbindungsstelle sämtlicher Börsen. Sie haben die Aufgabe, mit der Geschäftskommission gemeinsam für die intensivste Agitation zu sorgen, die Organisationen geistig und agitatorisch anzuregen und diesen mit Rat und Tat jederzeit zur Seite zu stehen, sich bei Streiks und Aussperrungen für die nötige Solidarität einzusetzen und diese den bedürftigen Stellen zu vermitteln. Gegebenenfalls haben sie auch dem Rechtsschutz zu dienen.

Der Verkehr aller zu einer Provinzarbeitsbörse zusammengeschlossenen Ortsvereine mit der Geschäftskommission geschieht in genannten Fragen nur durch ihre zuständige Kreis- oder Provinzarbeitsbörsen-Geschäftsleitung. Bei der Wahl der Geschäftsleitungen der Provinzarbeitsbörsen ist möglichst darauf zu achten, daß Angehörige von allen vorhandenen Industrieföderationen darin vertreten sind.

X. Verwaltung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.)

Beschließende und ausführende Organe der FAUD. (A.-S.) sind:

1. die Generalversammlungen der Ortsvereine;
2. die Vorstände der Ortsvereine und Ortsbörsen;
3. die Konferenzen der Provinz- und Kreisarbeitsbörsen sowie die Vollversammlungen der Ortsarbeitsbörsen;
4. die Konferenzen der Industrieföderationen;
5. die Geschäftsleitungen der Provinz- und Kreisarbeitsbörsen;
6. die Geschäftsleitungen der Industrieföderationen;
7. der Reichsrat der Industrieföderationen und Provinzarbeitsbörsen;
8. die Geschäftskommission;
9. der Kongreß.

XI. Funktionäre.

Jeder Wahlkörper, der Funktionäre der FAUD. (A.-S.) wählt, hat jederzeit das Recht, die von ihm gewählten Funktionäre wieder zurückzuziehen und Neuwahlen vorzunehmen. Werden gegen einen Funktionär ehrenrührige Beschuldigungen erhoben und ist die Einberufung des Wahlkörpers nicht sofort möglich, dann entscheidet bis zum Zusammentritt des Wahlkörpers seine Mitgliedschaft durch Urabstimmung. Auch eine sich notwendig machende Neuwahl wird in diesem Falle durch Urabstimmung vorgenommen.

XII. Kongreß.

Der Kongreß bildet die oberste Vertretung der FAUD. (A.-S.). Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der angeschlossenen selbständigen Ortsvereine.
2. Die Funktionäre der Geschäftskommission und ein Beisitzer, die Obleute der Revisoren und der Pressekommission. Diese haben in allen die geschäftliche Leitung der FAUD. (A.-S.) betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Kongreß prüft die Ausweise (Mandate) seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Der Abstimmungsmodus kann zweifacher Art sein:

Bei formellen Fragen wird durch Akklamation der Delegierten abgestimmt.

Bei prinzipiellen, programmatischen Fragen gilt folgende Regelung: Jeder Ortsverein bis hundert Mitglieder hat eine Stimme. Jeder Ortsverein hat das Recht, für jede weiteren und angefangenen hundert Mitglieder einen weiteren Delegierten zu senden, der ebenfalls ein Stimmrecht hat. Sendet ein Ortsverein bei mehreren hundert Mitgliedern nur einen Delegierten, so hat dieser so viele Stimmen, wie er weitere angefangene hundert Mitglieder vertritt. Dies ist

dahin zu verstehen, daß mindestens 25 weitere Mitglieder von den angefangenen hundert Mitgliedern vorhanden sein müssen.

Ein Beschluß wird jedoch den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt, falls der Kongreß es für notwendig befindet. Bei Urabstimmungen entscheidet die Anzahl der in den Ortsvereinen abgegebenen Stimmen.

Alle zwei Jahre mindestens findet ein Kongreß statt, der von der Geschäftskommission einzuberufen ist.

Die Einberufung des Kongresses muß spätestens acht Wochen vor dem Termin der Tagung durch das Organ der FAUD. (A.-S.) erfolgen.

Anträge für die Tagesordnung des Kongresses sind bei der Geschäftskommission einzureichen. Sie sind spätestens drei Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses durch das Organ der FAUD. (A.-S.) bekanntzugeben.

Zu den Aufgaben des Kongresses gehört:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der Geschäftskommission, der Revisoren und der Pressekommission;
2. Beratung und Beschlußfassung über alle das Organisationsleben berührende Fragen;
3. Beschlußfassung über alle eingegangenen Anträge;
4. Wahl der Funktionäre der Geschäftskommission, der Obleute der Revisoren und der Pressekommission.

Ein außerordentlicher Kongreß kann einberufen werden auf Antrag von mindestens 51 Prozent der angeschlossenen Ortsvereine.

XIII. Der Reichsrat.

Der Reichsrat der FAUD. (A.-S.) setzt sich zusammen aus je einem Vertreter jeder der vorhandenen Industrieföderationen, je einem Vertreter jeder bestehenden Provinzarbeitsbörse und den Mitgliedern der Geschäftskommission.

Die Vertreter der Industrieföderationen und der Provinzarbeitsbörsen werden auf den Konferenzen ihrer Organisationen gewählt. Für diese Vertreter sind gleichzeitig auch je ein Ersatzmann zu wählen, der sofort einspringen kann für den Fall der Verhinderung des ordentlichen Vertreters bei einer einberufenen Tagung.

Die Funktion aller Reichsratsmitglieder gilt für die Dauer einer Kongreßperiode.

Der Reichsrat tritt jährlich zu ordentlichen Tagungen zusammen, außerdem auch zu außerordentlichen Tagungen bei dringend wichtigen, tiefeinschneidenden Fragen. Die Einberufung der Tagungen geschieht durch die Geschäftskommission.

Außerordentliche Tagungen müssen einberufen werden, wenn die Geschäftskommission oder die Hälfte der anderen Reichsratsmitglieder dies für erforderlich hält.

Einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Reichsrats kann jede Industrieföderation und jede Provinzarbeitsbörse stellen. In diesem Falle hat die Geschäftskommission sofort die vorgenannte erforderliche Zustimmung der Reichsratsmitglieder einzuholen. Lehnen diese die antragsgemäße und begründete Einberufung ab, dann steht den Antragstellern das Recht zu, eine Urabstimmung der Ortsvereine zu verlangen, die die Geschäftskommission in kürzester Frist durchzuführen hat.

Aufgaben des Reichsrates sind: Klärung von Differenzen und allen strittigen Punkten bei innerorganisatorischen Angelegenheiten. Stellungnahme zu den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen des Tages, sobald es das Gesamtinteresse der FAUD. (A.-S.) berührt. Erkundung und Herausarbeitung einer einheitlich einzuschlagenden Linie bezüglich der Propaganda und Agitation. Erörterung und Ergründung der auftauchenden Probleme der Zeit.

Der Reichsrat ist befugt, je nach der Situation und in besonderen Fällen besondere Sachkundige zu seinen Beratungen zuzuziehen.

Der Reichsrat ist während einer Kongreßperiode die höchste Instanz der FAUD. (A.-S.). Er ist die beschließende und vollziehende Körperschaft in allen Fragen, sofern die prinzipielle Grundlage der FAUD. (A.-S.) dadurch keine Aenderung erfährt. Für prinzipielle Aenderungen ist nur der Kongreß zuständig.

Die Beschlüsse des Reichsrates sind ebenso wie Kongreßbeschlüsse allgemeinverbindlich, also bindend für sämtliche Mitglieder der FAUD. (A.-S.). Die Kosten des Reichsrates werden durch Umlage gedeckt.

XIV. Die Geschäftskommission.

Die Geschäftskommission ist die oberste ausführende Instanz der FAUD. (A.-S.). Diese hat die Pflicht, die Ideen der FAUD. (A.-S.) in Wort und Schrift zu verbreiten und zu vertiefen, den organisatorischen Zusammenhalt der Gesamtbewegung zu pflegen, bei Streiks und Aussperrungen in Gemeinschaft mit den Geschäftsleitungen der Provinzarbeitsbörsen das solidarische Zusammenwirken aller der FAUD. (A.-S.) angeschlossenen Organisationen zweckdienlich zu fördern und auf Durchführung der Kongreßbeschlüsse zu achten.

Jeder der FAUD. (A.-S.) angeschlossene Ortsverein hat an die Geschäftskommission zwecks Finanzierung ihrer Aufgaben für jedes

Mitglied pro Woche 23 Pf. abzuführen. In diesem Beitrag sind enthalten für den Inhaftiertenfonds der FAUD. (A.-S.) 0,5 Pf., für den Internationalen Solidaritätsfonds 1,5 Pf., für die IAA. 1 Pf. Die Zahlungen haben monatlich a conto zu erfolgen. Allvierteljährlich erhält jede Ortsgruppe einen Kontoauszug von der Geschäftskommission, aus dem hervorgeht, was gezahlt und was etwa noch zu zahlen ist.

Die Geschäftskommission, die ihren Sitz in Berlin hat, besteht aus sieben Personen, und zwar einem Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer (Redakteur) und vier Beisitzern. Die Wahl der drei Erstgenannten erfolgt durch den Kongreß mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. In die Geschäftskommission können nur Genossen gewählt werden, die wenigstens zwei Jahre Mitglieder der FAUD. (A.-S.) sind. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen entfallen sind. Bei Stimmgleichheit wird die Wahl wiederholt. Stellt sich abermals Stimmgleichheit heraus, so wird ein dritter Kandidat zur Wahl aufgestellt.

Die vier Beisitzer sind der Kreisarbeitsbörse Groß-Berlin zu entnehmen. Sie dürfen nicht Angestellte irgendeiner Institution der FAUD. (A.-S.) sein.

Die Geschäftskommission ist ein nicht eingetragener Verein gemäß § 54 des RGB. unter dem Namen: Geschäftskommission der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten).

Die Geschäftskommission hat im Interesse der FAUD. (A.-S.) über die bei ihr eingehenden Gelder zu verfügen.

Zur Kontrolle der Kassen und Buchführung des Kassierers der Geschäftskommission sowie als Beschwerdekommision in diesen Angelegenheiten werden drei Revisoren gewählt. Hiervon wählt der Kongreß den Obmann. Die Wahlen der weiteren zwei Revisoren (je einen) haben die Kreisarbeitsbörse Groß-Berlin und die Provinzarbeitsbörse Sachsen zu vollziehen.

Scheidet ein auf dem Kongreß gewähltes Mitglied der Geschäftskommission vor dem nächsten Kongreß aus, so ist die Ersatzwahl durch den Reichsrat vorzunehmen.

An den Sitzungen der Geschäftskommission nehmen mit beschließender Stimme die sieben Mitglieder der Geschäftskommission und die Vertreter der Geschäftsleitungen der Föderationen teil.

XV. Organ.

Organ der FAUD. (A.-S.) ist „Der Syndikalist“. Dieses wird von der Geschäftskommission herausgegeben.

Alle Bekanntmachungen, die Gesamtbewegung betreffend, werden hier erlassen und zur Kenntnis der Mitglieder gebracht.

Der Verlag „Der Syndikalist“ ist ein Unternehmen der gesamten FAUD. (A.-S.) unter Kontrolle der Geschäftskommission. Etwaige Ueberschüsse stehen in keinem Falle den von der Organisation bestimmten Trägern des Unternehmens, sondern lediglich der Gesamtbewegung der FAUD. (A.-S.) zu.

Das Organ „Der Syndikalist“ wird den Mitgliedschaften für den Beitrag (siehe unter „Geschäftskommission“, Absatz 2) zugestellt.

Der öffentliche Verkaufspreis des „Syndikalist“ beträgt 15 Pf. Zeitungen, die über die von den Ortsgruppen für die Mitglieder hinaus bezogenen Exemplare bestellt werden, kosten 10 Pf.

XVI. Pressekommission.

Die Pressekommission, deren Obmann vom Kongreß gewählt wird, besteht aus fünf Personen. Die Wahl der vier weiteren Pressekommissionsmitglieder vollzieht die Delegiertenversammlung der Kreisarbeitsbörse Groß-Berlin.

Der Pressekommission liegt es ob, über die prinzipielle Haltung des „Syndikalist“ sowie darüber zu wachen, daß das Blatt nicht zum Austrag persönlicher Polemiken, Streitigkeiten und Zänkereien sowie Beleidigungen innerhalb der eigenen Bewegung benutzt wird, ferner Beschwerden entgegenzunehmen, sie auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und gegebenenfalls mittels Einspruch und Verhandeln mit der Stelle, gegen die sich die Beschwerde usw. richtet, die Mängel abzustellen suchen.

Die Adresse des Obmannes der Pressekommission ist allen der FAUD. (A.-S.) angeschlossenen Organisationen durch den „Syndikalist“ bekanntzugeben.

Ungebrochen und stark steht die glänzende Tradition des freien Sozialismus, lebt der Klassenkampf im Sinne der direkten Aktion in der spanischen Arbeiter- und Bauernschaft

Sturm über Spanien

so heißt die Informations- und Propagandabroschüre der FAUD. (A.-S.), die der Weltarbeiterschaft neue Wege im Kampf weist und die Wahrheit über die heroischen Kämpfe der spanischen Masse bringt

Preis
5 Pfg

Verlag

„Der Syndikalist“, Berlin S14

Bibliothek der FES



1194852

Organe des revolutionären Arbeiters:

DER SYNDIKALIST

Wochenorgan der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, Propagandablatt für revolutionäre Gewerkschaftsaktion und freiheitlichen Sozialismus. Postabonnement vierteljährlich 2.— zuzügl. Bestells geld. Kreuzbandbezug 80 Pfennig monatlich

DIE INTERNATIONALE

Wissenschaftliche Monatszeitschrift der FAUD. (A.-S.) für Theorie, Geschichte und Diskussion der freiheitlich-revolutionären Bewegung. Heft 50 Pfennig, Organisationspreis 80 Pfennig

BESINNUNG ^U_N^D AUFBRUCH

Blätter der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, die alle Interessenten des Schrifttums der anti-autoritär-sozialistischen Bewegung zusammenfaßt. Monatsbeitrag 1 — Mk. Man Prospekte revolutionärer Literatur!

Verlag „Der Syndikalist“ Berlin